



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 825.068/25-II.1/1994

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/52 1 52-0\*

Telefax  
0222/52 1 52/727

Fernschreiber  
131264 jusmi a

Teletex  
3222548 = bmjust

An das

Präsidium des österreichischen Nationalrates

Parlament

Sachbearbeiter

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF  
Zl. 2 -GE/19  
Datum: 19. JAN. 1995  
23. Jan. 1995  
Verteilt

(DW)

*Dr. Schöpfer*

Artenschutzgesetz 1995; Entwurf; Begutachtung

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, 25 Ausfertigungen der  
Stellungnahme zu den im Gegenstand genannten Entwurf zu übermitteln.

11. Jänner 1995

Für den Bundesminister

TIEGS

Für die Richtigkeit  
der Unterschrift  
*[Signature]*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 825.068/25-II.1/1994

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten  
Stubenring 1  
1010 Wien

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/52 1 52-0\*

Telefax  
0222/52 1 52/727

Fernschreiber  
131264 jusmi a

Teletex  
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Artenschutzgesetz 1995; Entwurf; Begutachtung

GZ 23.022/41-II/1/1994

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zu dem im Gegenstand  
bezeichneten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

**Zu § 11:**

I. Allgemeines:

1. Die vorgeschlagene Regelung des § 11 ist aus der Sicht des BMJ **abzulehnen**.  
Eine Kriminalisierung von Verhaltensweisen ist nach herrschender Überzeugung nur dann

vertretbar, wenn sowohl "Strafwürdigkeit" als auch "Strafbedürftigkeit" und "Straftauglichkeit" vorliegen. Das heißt, daß das gerichtliche Strafrecht nur dort eingesetzt werden soll, wo es - gerade auch infolge des Nichtgenügens weniger einschneidender Mittel - wirklich "notwendig" erscheint und wenn zu erwarten ist, daß es zu Verhinderung bzw. Eindämmung der pönalisierten Verhaltensweisen auch tatsächlich eine wirksamen Beitrag leisten kann. Daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist den Erläuterungen nicht zu entnehmen; diese beschränken sich lediglich auf den Hinweis, daß "im Hinblick auf die Schwere der zu ahndenden Vergehen (....) nunmehr im vorliegenden Entwurf eine gerichtlich zu ahndende Strafe vorgesehen" wird. Dies erscheint vor allem deshalb bemerkenswert, weil seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1981 zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, BGBl.Nr. 189/1982, am 27. April 1982 offenbar keine Mängel bei der Vollziehung der Bestimmungen des Artenschutzgesetzes benannt werden können, die die Erforderlichkeit einer gerichtlichen Strafbestimmung begründen könnten. Hinzuweisen bleibt, daß Art. VIII Z 1 lit. a des erwähnten Übereinkommens vom 3. März 1973 bloß Maßnahmen verlangten, die den Handel mit nach dem Übereinkommen geschützten Exemplaren oder ihren Besitz oder beides ahnden, wozu auch Verwaltungsstrafbestimmungen hinreichen.

2. Grundsätzlich sollte nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz nicht strafgerichtliche und Verwaltungsstrafbestimmungen in **einem** Paragraphen geregelt, sondern für jeden dieser Bereiche unterschiedliche, mit entsprechenden Überschriften versehenen Strafbestimmungen vorgesehen werden.

## II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

1. Der Vollständigkeit halber und ohne daß dadurch auf ein Einverständnis des Bundesministeriums für Justiz zu einer gerichtlichen Strafbestimmung geschlossen werden darf, sei zu **§ 11 Abs. 1** noch auf folgendes hingewiesen:

1.1. Die Bezeichnung der Begehungsform als "vorsätzlich" ist im gerichtlichen Strafrecht im Hinblick auf § 7 Abs. 1 StGB entbehrlich. Fahrlässige Begehung ist nur dann strafbar, wenn dies ausdrücklich angeführt ist. In § 11 Abs. 1 Z 1 und Z 2 hätte daher das Wort "vorsätzlich" zu entfallen.

1.2. Die Wendung "gewerbs- oder gewohnheitsmäßig" in § 11 Abs. 1 Z 1 ist der Terminologie des StGB, die nach Möglichkeit beibehalten werden sollte (siehe Pkt. 31 der Legistischen Richtlinien 1990) fremd. Nach § 70 StGB handelt gewerbsmäßig, wer beabsichtigt, sich durch die wiederholte Begehung derartiger strafbarer Handlungen eine fortlaufende Einnahmsquelle zu verschaffen. Der Täter muß darauf abzielen (§ 5 Abs. 2 StGB), durch die Wiederholung von Straftaten des selben Deliktstyps ein fortlaufendes, d.h. entweder überhaupt ständiges oder aber doch für längere Zeit wirkendes, wenn auch nicht unbedingt regelmäßiges Einkommen zu erlangen. Dabei genügt es nicht, daß der Täter nur gelegentlich und fallweise derartige Straftaten begehen und durch einen Vermögensvorteil erzielen will; es muß sich vielmehr um eine **fortlaufende** Einnahme handeln (vgl. LEUKAUF-STEININGER, StGB<sup>3</sup>, § 70 Rn 3 ff). Die in Rede stehende Wendung sollte daher durch das Wort "gewerbsmäßig" ersetzt werden, zumal der Allgemeine Teil des StGB bei Verweis einer Sache in die Zuständigkeit der Gerichte ohnehin anzuwenden ist.

1.3. Der angedrohte Strafraum bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe entspricht nicht der Systematik der Strafraum des StGB, welches bei Fehlen einer Strafuntergrenze keine höhere als eine Höchststrafe von 3 Jahren kennt. Andererseits erscheint die Strafobergrenze unakzeptabel hoch. Sie entspricht etwa jener für Körperverletzung mit schweren Dauerfolgen (§ 85 StGB) und übersteigt die für Tierquälerei (§ 222 StGB) vorgesehene um das Fünffache. Die dem Handlungsunwert der vorgeschlagenen Strafbestimmung am ehesten vergleichbare Bestimmung des § 17 des Außenhandelsgesetzes sieht etwa bloß die Androhung einer Freiheitsstrafe **bis zu 2** Jahren vor (allerdings bei alternativer Androhung einer Geldstrafe). Nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz müßte daher - sofern überhaupt eine gerichtliche Strafbarkeit ins Auge gefaßt wird - mit einer Strafobergrenze von 2 Jahren Freiheitsstrafe

das Auslangen zu finden und auf die Möglichkeit der **kumulativen** Verhängung einer Geldstrafe zu verzichten sein.

1.4. Die Wendung "... lebende Exemplare des Anhanges I oder des Anhanges C Teil 1..." stellt eine verfassungsrechtlich bedenkliche "dynamische" Verweisung auf die Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 dar, weil damit der Inhalt der genannten Verordnung über seinen eigenen Anwendungsbereich hinaus erst Kraft der Verweisung im Bereich der gerichtlichen Strafbestimmung normative Geltung erlangt. Wenn schon zu Lasten der Bestimmtheit der gerichtlichen Strafbestimmung in Abkehr vom geltenden Artenschutzgesetz auf die Normierung von Begriffsbestimmungen verzichtet wird, sollte daher zumindest eine statische Verweisung auf die EG-Verordnung vorgesehen werden (der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß es zur leichteren Auffindbarkeit der Publikation der EG-Verordnung angebracht erschiene, zumindest in den Erläuternden Bemerkungen die Nummer des Amtsblattes der Stammfassung sowie der letzten Novellierung zu zitieren).

1.5. Bei der vorgeschlagenen Formulierung des § 11 Abs. 1 Z 2 bleibt unklar, ob die Wendung "... in den Fällen der Z 1..." auch das subjektive Tatbestandselement der "Gewerbsmäßigkeit" umfaßt, von dem allerdings die Formulierung der Verwaltungsstrafbestimmung des § 11 Abs. 2 Z 2 sowie die Erläuterungen zu § 11 Abs. 1 auszugehen scheinen. Dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot einer Strafbestimmung entsprechend sollte hier eine eindeutigere Formulierung gewählt werden.

1.6. Da nach § 15 Abs. 1 StGB die Strafdrohungen gegen vorsätzliches Handeln nicht nur für die vollendete Tat, sondern auch für den Versuch und für jede Beteiligung an einem Versuch gelten, erübrigt sich die ausdrückliche Erklärung der Strafbarkeit des Versuches in § 11 Abs. 1.

1.7. Soweit eine gerichtliche Strafbestimmung (dennoch) als unverzichtbar angesehen wird, wäre daher folgende Formulierung des § 11 Abs. 1 denkbar:

"§ 11. (1) Wer gewerbsmäßig

1. lebende Exemplare des Anhanges I oder des Anhanges C Teil 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 des Rates, ABI Nr. 384, oder ein nach § 8 dieses Bundesgesetzes gleichgestelltes Exemplar ohne die nach diesem Bundesgesetz oder nach dem unmittelbar anwendbaren Recht der Europäischen Union erforderliche Genehmigung oder Bescheinigung ausführt, wieder ausführt, einführt oder durchführt oder

2. durch unrichtige oder unvollständige Angaben eine nach diesem Bundesgesetz oder nach dem unmittelbar anwendbaren Recht der Europäischen Union erforderliche Genehmigung oder Bescheinigung erschleicht oder das Vorliegen der Genehmigungsfreiheit vortäuscht,

ist vom Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."

## **2. Zu § 11 Abs. 2:**

2.1. Nicht nur gerichtliche, sondern auch verwaltungsrechtliche Strafbestimmungen vermeiden im allgemeinen, in den Tatbestand die Wendung aufzunehmen, daß sich der Täter einer Straftat "schuldig" gemacht hat. Die Erfüllung der Tatbestandsmerkmale indiziert zwar die Schuld des Täters, doch kennen sowohl das gerichtliche wie das Verwaltungsrecht Schuldausschließungsgründe. In einem Strafverfahren ist deshalb von der Behörde einerseits zu prüfen, ob der Tatbestand erfüllt ist und andererseits, ob der Täter auch schuldhaft gehandelt hat oder ihm zB ein (entschuldbarer) Irrtum zugestanden

werden muß oder er zurechnungsunfähig ist. Es wird daher vorgeschlagen, statt der Wendung "macht sich ... schuldig" die Formulierung "begeht eine Verwaltungsübertretung" zu verwenden.

2.2. Bei der vorgeschlagenen Formulierung des § 11 Abs. 2 Z 1 bleibt mangels Begriffsbestimmungen unklar, was unter der Wendung "... ein Exemplar, einen Teil oder ein Erzeugnis ..." zu verstehen ist. Zur Erzielung der erforderlichen Bestimmtheit der Strafbestimmung müßte daher zumindest auf den Artikel I des in der Anlage A der Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 wiedergegebenen Übereinkommens verwiesen werden.

2.3. Nach § 5 Abs. 1 VStG genügt zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt. Während zur Strafbarkeit der Verwaltungsübertretungen nach § 11 Abs. 2 Z 1 unter Z 3 fahrlässiges Verhalten genügen soll, wird für die Strafbarkeit der Verwaltungsübertretung nach § 11 Abs. 2 Z 2 vorsätzliches Handeln vorausgesetzt. Die Sinnhaftigkeit dieser Unterscheidung sollte überdacht werden. Überdies ergibt die Wendung "dieses Bundesgesetzes" in der Z 3 keinen Sinn und hätte zu entfallen.

2.4. Unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

"(2) Sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, begeht eine Verwaltungsübertretung, wer (.....) und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 500 000 S zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar."

### 3. Zu § 11 Abs. 3:

3.1. Die Erläuterungen zu § 11 Abs. 3 bis 10 beschränken sich auf den knappen Hinweis, daß diese Bestimmungen jenen im Artenschutzgesetz 1981 entsprechen, ohne zu berücksichtigen, daß sie nunmehr auch von den Gerichten anzuwenden wären. Diese haben jedoch die Bestimmungen der Strafprozeßordnung anzuwenden, die für die Beschlagnahme und den Verfall eigene Verfahrensbestimmungen vorsieht (§§ 98, 143; 443 ff.). Dieser Mangel wird insbesondere dort deutlich, wo auf die Verwaltungsübertretung nach Abs. 1 (I) verwiesen wird (vgl. § 11 Abs. 9). Die Verfahrensbestimmungen des § 11 Abs. 3 bis 10 müßten daher **gänzlich neu formuliert** werden, wobei eine Anlehnung an die §§ 17 und 19 FinStrG sowie die entsprechenden Verfahrensbestimmungen (für das gerichtliche Verfahren) der §§ 197, 206 und 229 FinStrG ratsam erschiene. Ein Formulierungsvorschlag wird durch einen Vertreter des Bundesministeriums für Justiz bei der interministeriellen Besprechung am 30. Jänner 1994 unterbreitet werden.

### 4. Zu § 12:

In die Bestimmung über die Vollziehung dieses Bundesgesetzes wäre angesichts des § 11 Abs. 1 auch der Bundesminister für Justiz aufzunehmen.

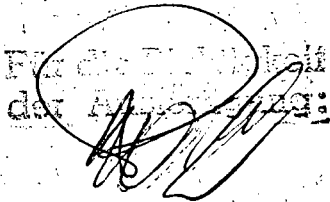
**5. Zu § 15:**

Das Bundesgesetz vom 1. Juli 1981 zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, wäre richtig mit "BGBl. Nr. 189/1982 zu zitieren.

11. Jänner 1995

Für den Bundesminister

TIEGS

A handwritten signature in black ink is written over a circular official stamp. The stamp contains the text "Für den Bundesminister" and "des Umweltministeriums" in a circular arrangement around a central emblem.